

Mehr Geld für Inklusion in Hamburg

## Lehrer unterm Christbaum

Die Volksinitiative „Gute Inklusion“ einigt sich mit Rot-Grün auf einen Kompromiss: 300 Lehrerstellen und 35 Millionen Euro für barrierefreie Schulen.



In Hamburg wird es mehr Mittel für Inklusion geben – auch im Sportunterricht. Foto: dpa

HAMBURG taz | Die rot-grüne Hamburger Regierung geht mit der Volksinitiative „Gute Inklusion“ einen Handel ein: Bis 2023 soll es 300 Lehrerstellen mehr für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung geben. Dafür ziehen die drei Vertrauensleute der Initiative, Pit Katzer, Sylvia Wehde und Maik Findeisen, ihre Volksinitiative zurück.

Es sei gut, dass der Stadt die Volksinitiative zu diesem „emotionalen Thema“ erspart bleibt, sagte Dressel. Finanzpolitisch sei man „an die Grenze des finanziell Darstellbaren“ gegangen. „Wir hatten Forderungen, die das Doppelte betragen. Insofern sind auch wir an der Schmerzgrenze“, konterte der frühere Schulleiter Pit Katzer. Grund für den Kompromiss wäre, dass mit einem Volksentscheid frühestens in drei Jahren Verbesserungen erzwungen werden könnten. Das geht jetzt schneller.

In Hamburg haben Eltern von behinderten Kindern seit 2009 die Wahl, ob sie eine Sonder- oder eine Regelschule wählen. Doch gerade für Kinder mit Behinderungen im körperlich-motorischen Bereich gab es die Wahlfreiheit oft „nur auf dem Papier“, so Katzer, weil an den Schulen Therapeuten und Therapieräume fehlten.

Das soll sich ändern. In 30 Schulen soll es ab dem nächsten Schuljahr Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und weiteres Personal geben, sagte Tjarks. „Hier wird ein echter Quantensprung erreicht.“ Personell ist dies mit einem Umfang von 24,7 Lehrerstellen der kleinste Posten. Nicht auf einen Schlag, sondern jahrgangsweise aufwachsend soll es für behinderte Kinder mehr Zusatzstunden geben, sodass bei drei dieser Kinder in einer Klasse eine durchgängige Doppelbesetzung möglich ist. Dies führt zu 70 neuen Lehrerstellen.

Ein politischer Zankapfel zwischen Schulsenator Ties Rabe (SPD) und Praktikern wie Katzer ist seit Jahren die Frage, wie viele Kinder mit Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache und Emotionale Entwicklung – kurz LSE – es überhaupt gibt. Strittig deshalb, weil hier die Ressourcen aus pädagogisch-fachlichen Gründen „ins System“ einer Schule gegeben und nicht dem Kind zugeordnet werden. Hier hatte „Gute Inklusion“ ein Viertel mehr Stellen gefordert. Und es sieht so aus, als ob die kommen. Bis 2023 sollen die bisher rund 800 Stellen für LSE um 200 auf 1.000 erhöht werden. Pro Kind kämen dann drei Zusatzstunden in der Woche an.

#### **100 Millionen für barrierefreie Schulen**

Für rund 100 Millionen Euro sollen die Schulen in den nächsten zehn Jahren barrierefrei werden, davon sollen 35 Millionen Euro in die Nachrüstung bestehender Gebäude, etwa den Einbau von Fahrstühlen, fließen. Hier hätte sich die Initiative 50 Millionen Euro gewünscht.

Katzer sagte, das Maßnahmenpaket sei „für uns ein wichtiger Schritt, aber nicht der letzte“. Rabe konterte, künftig habe Hamburg vermutlich in der Inklusion „die beste Ausstattung in Deutschland“. Einig waren sich alle – SPD, Grüne und Initiative –, dass sie Inklusion nicht wieder zurückdrehen wollen, wie es die CDU im Niedersachsen-Wahlkampf forderte. „Uns hat das Ziel einer gelingenden Inklusion vereint“, sagte Schulpolitikerin Barbara Duden (SPD). Die über 30 Stunden dauernden Verhandlungen „waren schwierig, von beiden Seiten“, sagt sie. „Doch am Ende haben wir uns richtig lieb gewonnen.“